

Irak und Terrorismus

Was verbindet »Schurkenstaaten« mit Terroristen?

Ulrich Schneckener

Auch nach dem Auftritt von US-Außenminister Powell vor dem UN-Sicherheitsrat (5.2.2003) bleiben Zweifel an der These, daß es eine Saddam-al-Qaida-Verbindung gibt. Die öffentliche Konzentration auf diese Frage überdeckt allerdings, daß die US-Regierung in ihrer Bedrohungsanalyse keinen punktuellen, sondern einen systematischen Zusammenhang zwischen »Schurkenstaaten« und Terroristen sieht. Für die US-Regierung ist ein möglicher Krieg gegen den Irak ein integraler Bestandteil des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus. Sie unterscheidet sich damit signifikant von anderen Regierungen in Europa und der arabischen Welt, die zwischen den Themen Irak und Terrorismus differenzieren. Diese fürchten, daß erst durch einen Irak-Krieg eine Verbindung zwischen dem Regime in Bagdad und Terrorgruppen wie al-Qaida hergestellt bzw. der Terrorismus Auftrieb erhalten wird. Doch wie plausibel sind diese Positionen? Was spricht für und was spricht gegen die These einer Verbindung von »Schurkenstaaten« mit Terroristen?

Der behauptete Zusammenhang zwischen Irak und dem Krieg gegen den Terrorismus ist für die US-Regierung von zentraler Bedeutung, da er eine wesentliche Legitimation für einen Angriff auf den Irak darstellt – nicht zuletzt gegenüber der öffentlichen Meinung in den USA. Im August 2002 waren nach einer Gallup-Umfrage 86 Prozent der befragten US-Bürger der Ansicht, daß Saddam Hussein terroristische Gruppen unterstützt, die die USA attackieren wollen. Für 53 Prozent war er persönlich in die Anschläge des 11. September verwickelt, im Oktober 2002 stieg ihr Anteil sogar auf 66 Prozent (Pew poll). Anfang Februar 2003 waren laut Gallup 39 Prozent überzeugt,

daß Saddam Hussein eine direkte Verbindung zu al-Qaida unterhält, 48 Prozent hielten dies zumindest für wahrscheinlich. Falls sich jedoch für diese Annahme Belege finden, würden 86 Prozent darin einen legitimen Grund für eine US-Intervention sehen. Kein anderer Kriegsgrund, auch nicht der Besitz von Massenvernichtungswaffen, erfährt eine höhere Zustimmung.

Um ihre Position zu untermauern, führt die US-Regierung drei Argumente ins Feld, die in offiziellen Äußerungen zwar häufig miteinander kombiniert werden, sich jedoch analytisch auseinanderhalten lassen: Erstens wird immer wieder betont, daß das irakische Regime Kontakte zu al-Qaida

unterhält. Zweitens wird auf die prinzipielle Möglichkeit hingewiesen, daß Diktatoren Massenvernichtungswaffen an Terroristen weitergeben oder ihnen bei der Beschaffung solcher Waffen behilflich sind. Drittens wird erklärt, daß zwischen »Schurkenstaaten« und Terrorgruppen letztlich kein Unterschied besteht. Es handele sich um zwei »Übel der gleichen Art«, unabhängig davon, ob es nun eine direkte Verbindung zwischen beiden Akteuren gibt oder nicht. Die beiden letztgenannten Argumente reichen über den konkreten Fall Irak/al-Qaida hinaus und deuten auf langfristige strategische Orientierungen in der Sicherheitspolitik der USA.

Saddam-al-Qaida-Connection?

Um die These einer Allianz von irakischem Regime und al-Qaida zu belegen, wurden seit dem 11. September eine Reihe von Indizien und Anekdoten präsentiert.

- ▶ Unmittelbar nach den Terroranschlägen wurde eine direkte Verbindung und Mitverantwortung Saddam Husseins nicht ausgeschlossen. Am meisten Furore machte die sogenannte »Prague Connection«, wonach sich einer der Attentäter (Mohammed Atta) in Prag mit einem irakischen Agenten getroffen haben soll. Diese Version, die im Oktober 2001 vom tschechischen Innenminister vertreten wurde, hat sich inzwischen als Luftnummer entpuppt. Diskret informierte Staatspräsident Havel die US-Regierung darüber, daß sich ein solches Treffen nicht belegen lasse (*New York Times*, 22.10.2002). Ähnlich äußerte sich im Oktober 2002 CIA-Chef George Tenet vor dem US-Kongreß.
- ▶ Bereits seit dem Frühjahr 2002 kursieren Berichte (siehe z.B. *Christian Science Monitor*, 15.3.2002), die eher einen mittelbaren Kontakt zwischen Bagdad und al-Qaida unterstellen. Als Mittler fungiere die kurdisch-extremistische Gruppe *Ansar al-Islam*, deren Angehörige sich in einigen Dörfern im Norden des Irak entlang der iranischen Grenze aufhalten.

Diese Gruppe, die etwa 700 Kämpfer umfassen soll, wird angeblich von Saddam Hussein wegen ihrer oppositionellen Haltung gegenüber anderen kurdischen Parteien unterstützt. Sie soll Al-Qaida-Mitglieder in B- und C-Waffentechnologie unterrichtet haben. Zudem sollen zwischen 120 und 150 Al-Qaida-Kämpfer nach der US-Invasion in Afghanistan in das iranisch-irakische Grenzgebiet geflüchtet sein und in *Ansar-al-Islam*-Lagern Unterschlupf gefunden haben (*The Guardian*, 23.8.2002). Die US-Regierung behauptet, letzteres sei, vermittelt über Agenten des irakischen Geheimdienstes, mit Billigung des Regimes in Bagdad geschehen. All diese Informationen sind jedoch mit Vorsicht zu genießen, da als Quellen in erster Linie die dominierenden kurdischen Parteien (PUK und KDP) im weitgehend autonomen Nordirak dienen, die sich gegen *Ansar al-Islam* zur Wehr setzen und die ein eigenes Interesse an einer US-Invasion im Irak haben.

▶ Im September 2002 gingen führende US-Regierungsmitglieder mit neuen Informationen in die Offensive. Sicherheitsberaterin Rice erklärte, die US-Regierung sei im Besitz »klarer Beweise«, daß zwischen hochrangigen irakischen Offiziellen und Mitgliedern von al-Qaida schon längere Zeit Kontakte bestünden. US-Verteidigungsminister Rumsfeld sprach in diesem Zusammenhang von einem Jahrzehnt, wobei seit 1998 die Berichte über solche Kontakte zugenommen hätten. Rice und Rumsfeld warfen dem irakischen Regime vor, Al-Qaida-Terroristen im Umgang mit B- bzw. C-Kampfstoffen ausgebildet zu haben. Außerdem sei nach der Invasion in Afghanistan Al-Qaida-Mitgliedern in Bagdad Unterschlupf gewährt worden. Diese bereits bekannten Vorwürfe präziserte US-Außenminister Powell vor dem UN-Sicherheitsrat, indem er erklärte, daß Kontakte zwischen dem irakischen Geheimdienst und al-Qaida bis in die Zeit zurückreichten, in der sich Bin

Laden im Sudan aufgehalten habe (vor 1996). Später habe in erster Linie die irakische Botschaft in Pakistan als Verbindungsstelle zu al-Qaida fungiert. In dieser Phase hätte der Irak auch zwei Al-Qaida-Mitgliedern Training im Umgang mit B- bzw. C-Waffen angeboten (Dezember 2000). Als Beleg verwies Powell – ebenso wie zuvor Rice und Rumsfeld – auf Aussagen, die ein inhaftierter, angeblich hochrangiger Al-Qaida-Terrorist gegenüber US-Behörden gemacht habe.

- ▶ Powell fügte ein weiteres mögliches Verbindungsglied zwischen al-Qaida und Saddam hinzu: den jordanisch-palästinensischen Terroristen *Abu Mussab al-Zarqawi*. Er gilt als Vertrauter Bin Ladens und als ehemaliger Leiter eines Trainingscamps in Afghanistan. Al-Zarqawi soll sich noch während der US-Invasion in Richtung Irak abgesetzt haben. Er unterhalte, so Powell, einerseits Kontakte zu *Ansar al-Islam* und sei mit dem Aufbau eines Al-Qaida-Lagers im Nordosten des Iraks beschäftigt gewesen. Andererseits habe sich al-Zarqawi von Mai bis Juli 2002 in Bagdad aufgehalten, um sich medizinisch versorgen zu lassen. Dabei habe er ein eigenes Netz aus rund zwei Dutzend Mitstreitern geknüpft, die sich mehr als acht Monate unbehelligt in Bagdad bewegen konnten und im wesentlichen mit dem Transfer von Geld und Materialien beschäftigt gewesen seien. Al-Zarqawi koordiniere laut Powell vom Irak aus terroristische Aktivitäten im Nahen Osten, in Westeuropa und in Rußland, seine Beziehungen reichten auch bis in das georgische Pankisi-Tal und nach Tschetschenien. Seine Leute seien nicht zuletzt auf Attentate mit Giftstoffen spezialisiert. Bei diesen Aussagen berief sich Powell auf die Erkenntnisse US-amerikanischer und befreundeter Geheimdienste, obgleich sie ihre Erkenntnisse offenbar nicht einheitlich interpretieren. Auch der Bundesnachrichtendienst verfolgt die Wege von al-Zarqawi, als Stationen werden dabei

allerdings vorrangig Afghanistan, Georgien und Iran genannt. Sein derzeitiger Aufenthaltsort sei unbekannt. Al-Zarqawi gilt nicht zuletzt als Kopf der Terrorgruppe Al Tawhid, die hierzulande erstmals öffentlich bekannt wurde, als im April 2002 eine Reihe ihrer Mitglieder in Deutschland verhaftet wurde. Die Bundesanwaltschaft hat aus diesem Anlaß auch ein Ermittlungsverfahren gegen al-Zarqawi eröffnet. Insgesamt bleiben bei der amerikanischen Darstellung einige Fragen offen: Ungeklärt ist, ob das Regime in Bagdad seinen Aufenthalt geduldet oder ihn aktiv unterstützt hat. Wieso hat al-Zarqawi den Irak wieder verlassen? Wie sicher war dieser angebliche »safe haven« für ihn?

Was bleibt? Die Behauptung einer Saddam-al-Qaida-Connection basiert primär auf Vermutungen, zweifelhaften Zeugenaussagen und bruchstückhaften Geheimdienstinformationen, die letztlich mehr Fragen aufwerfen als Antworten geben. Es ist zugegebenermaßen schwer, die Existenz oder Nicht-Existenz einer solchen Kooperation nachzuweisen. Dennoch: Es gibt nach wie vor keine belastbaren Beweise, daß eine Saddam-al-Qaida-Connection existiert. In dieser Einschätzung dürften sich die westlichen Geheimdienste einig sein, auch wenn es die Regierungen offenkundig nicht sind.

Selbst wenn es Kontakte gegeben hat oder noch gibt, muß geklärt werden, welchen Stellenwert sie haben. Handelt es sich um informelle Gesprächskontakte, an denen Geheimdienste in der Regel ein Interesse haben, um zu erfahren, was Terroristen planen? Geht es um taktische Absprachen nach dem Motto »wir tun Euch nichts, dafür unternimmt Ihr nichts gegen uns«? Geht es um konkrete Unterstützung (z.B. Transit, gefälschte Dokumente etc.)? Geht es gar um die Bildung einer strategischen Allianz gegen einen gemeinsamen Feind? Selbst diesen schlimmsten Fall unterstellt, bedeutet dies noch nicht, daß

der Irak ohne weiteres bereit wäre, B- und C-Kampfstoffe an Terroristen weiterzugeben.

Eine solche Proliferation hat es bisher jedenfalls nicht in jenen Fällen gegeben, wo eine enge Kooperation zwischen dem Regime und Terrorgruppen seit langem bekannt ist. Es ist unbestritten, daß das irakische Regime eine Reihe von terroristischen, primär säkularen Gruppen unterstützt. Dazu zählen neben der *Mujahedin-e-Khalq* (MEK), die gegen das iranische Regime aktiv ist, seit Jahrzehnten diverse palästinensische Gruppen, darunter insbesondere die Organisation Abu Nidals und die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PLFP). In dieser Sponsorenrolle unterscheidet sich der Irak allerdings nicht von anderen arabischen Staaten, die in diesen Gruppen ebenfalls legitime Befreiungskämpfer sehen. Saddam Hussein selbst hat sich damit gebrüstet, Familien palästinensischer Selbstmordattentäter finanziell zu unterstützen, primär um sein eigenes Ansehen in der arabischen Welt zu erhöhen.

Mit Blick auf al-Qaida sprechen trotz des gemeinsamen Feindbildes USA einige Gründe gegen eine substantielle Kooperation der beiden Akteure: Zum einen entsprach Saddam Hussein als zunächst vom Westen unterstützter säkularer arabisch-nationaler Führer in der Vergangenheit eher jenem Typ von Herrscher, der von al-Qaida als »unislamisch« bekämpft wird. Bin Laden hatte 1990/91 eine Militäroperation gegen den Irak ausdrücklich befürwortet, nur hätte sie vorzugsweise von den »islamischen Kämpfern« – und nicht von US-Soldaten – durchgeführt werden sollen. Zum anderen ist zu fragen, warum Saddam Hussein eine ihm früher feindlich gesinnte Organisation unterstützen sollte, die er (a) nicht wirklich kontrollieren kann und die (b) ihn selbst – zumal nach dem 11. September – in größte Not bringen würde, sollte sich seine Verbindung zu ihr nachweisen lassen.

Staatlich geförderter »catastrophic terrorism«?

Das zweite Argument der US-Regierung verweist nicht auf konkrete, sondern auf potentielle Verbindungen. Da der Irak über Massenvernichtungswaffen, vor allem B- und C-Waffen, verfüge und Terroristen an diesen Waffen interessiert seien, könnte es zu einer Zweckallianz der »Schurken« kommen, so die These. Das Ergebnis wäre ein staatlich geförderter Terrorismus mit Massenvernichtungswaffen, auch »catastrophic terrorism« genannt.

Diese Argumentation zieht sich seit über einem Jahr wie ein roter Faden durch die Statements von US-Politikern. Ausgangspunkt war US-Präsident Bushs Rede zur Lage der Nation im Januar 2002. Bush hatte erklärt, daß Staaten wie Irak, Iran und Nordkorea (»Achse des Bösen«) ihre Waffen an Terroristen weitergeben könnten, um die USA oder ihre Verbündeten anzugreifen, zu bedrohen oder zu erpressen. Diese Position geht deutlich über das Problem Irak hinaus. Man könnte sogar noch weitere, Massenvernichtungswaffen besitzende Staaten nennen, die insbesondere nach einem Regimewechsel aus US-Perspektive als unsichere Kantonisten gelten dürften (z.B. Pakistan).

In der Tat kann niemand die Proliferationsgefahr, die von diesen Staaten ausgeht, gänzlich ausschließen. Erst recht, wenn man bedenkt, daß sich Terroristen im Unterschied zu Staaten schon für kleinere Mengen von Viren oder Kampfstoffen interessieren, die ausreichen, um eine verheerende psychologische Wirkung zu erzielen. Gleichwohl sind auch hier Fragezeichen angebracht. Denn die Konstellation ist nicht neu. Schon in der Vergangenheit hatte eine Reihe von Regimen durchaus das Potential gehabt, eine Terrorgruppe mit solchen Mitteln auszustatten. Allerdings ist kein derartiger Fall bisher bekannt geworden.

Dafür gibt es gute Gründe: Erstens dürfte das Risiko für ein Regime, das diese Waffen an Dritte weiterreicht, den potentiellen »Nutzen« überwiegen. Sollte die Verbindung publik werden, hat das Regime seine

eigene Existenz aufs Spiel gesetzt, da es mit massiven Gegenmaßnahmen der internationalen Gemeinschaft rechnen muß.

Zweitens übersieht diese Annahme, daß das Verhältnis zwischen Sponsorenstaaten und Terrorgruppen ambivalent ist. Keine Seite kann letztlich der anderen vertrauen. Der Grundwiderspruch besteht darin, daß Sponsorenstaaten in aller Regel an einem maximalen Einfluß auf diese Gruppen interessiert sind, um sie für ihre Zwecke nutzen zu können. Terrorgruppen bemühen sich hingegen um ein Maximum an Autonomie und scheuen die politischen Abhängigkeiten, die staatliche Unterstützung mit sich bringt. Im konkreten Fall würde das Regime die Kontrolle über die Waffen verlieren, da nicht ausgeschlossen ist, daß Terroristen und Kriminelle sie wiederum an andere Gruppen weitergeben und damit möglicherweise das Regime selbst gefährden. Hinzu kommt das Risiko von Unfällen oder Pannen im eigenen Land, wenn sich Lagerstätten oder Labors von Terrorgruppen dem staatlichen Zugriff entziehen.

Drittens ist diese These noch stark dem Paradigma des staatlich geförderten Terrorismus verhaftet. Heute kommen transnationale terroristische Netzwerke wie al-Qaida jedoch weitgehend ohne staatliche Unterstützung aus. Selbst bei der Beschaffung von Massenvernichtungswaffen sind Terroristen keineswegs auf staatliche Hilfe angewiesen, da sowohl das Know-how als auch das Material für biologische, chemische und radiologische Waffen auf dem Schwarzmarkt erhältlich sind. Warum sollte sich unter solchen Vorzeichen al-Qaida in die logistische und technologische Abhängigkeit eines Regimes begeben?

Die größere Gefahr dürfte eher von schlecht gesicherten Anlagen und Labors sowie von Einzelpersonen (z.B. Wissenschaftlern, Staatsbeamten) ausgehen, die entweder korrupt sind oder gar mit den Terroristen ideologisch auf einer Linie liegen und ihr Wissen auf dem Markt anbieten.

Staatliche und nicht-staatliche »Schurken« als Wahlverwandte?

Das dritte Argument stellt keinen direkten Zusammenhang zwischen beiden Akteuren her, sondern subsumiert beide unter die gleiche Kategorie. Sie sind gewissermaßen »Verwandte im Geiste«. Oder in den Worten von Bush (Statement vom 26.9.2002): Saddams Irak und al-Qaida seien »both equally bad, and equally as evil, and equally as destructive«. Etwas analytischer wird dieser Gedanke in der neuen US-Sicherheitsstrategie (20.9.2002) formuliert. Danach stellen »Schurkenstaaten« und Terroristen gleichermaßen eine Gefährdung für den Weltfrieden dar, da sie unberechenbar seien, sich nicht zu einer Kooperation bewegen ließen und den Besitz von Massenvernichtungswaffen anstrebten. Für sie seien diese Waffen nicht mehr – gemäß der klassischen Abschreckungsdoktrin – »weapons of last resort«, sondern »weapons of choice«: »Schurkenstaaten und Terroristen versuchen uns nicht mit konventionellen Mitteln zu attackieren [...]. Statt dessen bauen sie auf Terrorakte und potentiell auf den Gebrauch von Massenvernichtungswaffen – Waffen, die leicht zu verstecken sind, die verdeckt eingesetzt und ohne Warnung genutzt werden.« Auf dieser Einschätzung basiert letztlich auch das Konzept der präventiven Kriegführung – gemäß der Formel »the greater the threat, the greater the risk of inaction«.

Dabei werden jedoch wichtige Unterschiede zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren ignoriert, die für die möglichen Gegenmaßnahmen von zentraler Bedeutung sind. Zum ersten handelt es sich bei den »Schurkenstaaten« um autoritäre, streng hierarchische Regime mit einem Führer an der Spitze, gestützt auf einen Sicherheitsapparat; Regime, die nicht vor Terror gegen die eigene Bevölkerung und Krieg gegenüber Nachbarn zurückschrecken. Doch selbst solche Diktaturen lassen sich nach aller Erfahrung mit klassischen Mitteln der Diplomatie unter Druck setzen, sie lassen sich international isolieren, durch Satellitenaufklärung kontrol-

lieren, mit Sanktionen belegen, zur Not unter Androhung und Anwendung von militärischer Gewalt. Und am wichtigsten: Man kann im Prinzip auch mit Diktatoren verhandeln, jedenfalls ist dies in der Vergangenheit häufig praktiziert worden. Bei terroristischen Netzwerken vom Typ al-Qaida hat man es hingegen mit einer eher dezentralen, nur wenig hierarchischen Struktur zu tun, die den gesamten Globus umspannt und deren Kommandozentralen und Knotenpunkte nur schwer zu identifizieren und auszuschalten sind. Selbst wenn es gelänge, die Führungsebene zu zerschlagen, muß man damit rechnen, daß Teile des Netzwerks intakt und aktiv bleiben. Zudem ist unklar, mit wem man über welches politische Ziel verhandeln könnte. Kurzum: Die meisten Instrumente, die der internationalen Gemeinschaft für den Umgang mit »Schurkenstaaten« zur Verfügung stehen, sind auf diesen Akteurstyp nicht anwendbar, insbesondere Verhandlungslösungen lassen sich mit al-Qaida schwer vorstellen, von Maßnahmen zur Rüstungskontrolle ganz zu schweigen.

Zweitens ist zu fragen, ob diese Mittel für staatliche in gleicher Weise wie für nicht-staatliche »Schurken« »weapons of choice« sind. Dies mag in der Tat für Terroristen gelten, für Diktaturen trifft nach aller Erfahrung eine solche Annahme nicht generell zu. Zumeist nutzen diese Regime den Besitz von Massenvernichtungswaffen primär politisch, um andere zu erpressen oder abzuschrecken, aber nicht, um diese Waffen bei der nächstbesten Gelegenheit einzusetzen. Dazu sind wiederum die existentiellen Risiken für die Regime selbst zu groß. Wenn diese Risiken allerdings kalkulierbar erscheinen, droht unter Umständen der Einsatz. Man sollte nicht vergessen: Der Irak hat C-Waffen gegen die kurdische Bevölkerung und während des irakisch-iranischen Krieges nicht zuletzt deshalb eingesetzt, weil das Regime in Bagdad damals damit rechnen konnte, für beide Verbrechen nicht mit Sanktionen bestraft zu werden.

Drittens muß man die Ausgangshypothese hinterfragen: Streben »Schurkenstaaten« und Terroristen tatsächlich gleichermaßen nach Massenvernichtungswaffen? Sowohl die Bereitschaft zum Besitz solcher Waffen als auch die für ihre Lagerung und ihren Einsatz erforderlichen Fähigkeiten dürften von Fall zu Fall stark variieren, so daß sich schwerlich eine allgemeine Theorie aufstellen läßt. Für die meisten Terrorgruppen, vor allem für jene, die primär national operieren, gilt diese Prämisse jedenfalls nicht. Transnationalen Netzwerken wie al-Qaida muß man zumindest die Absicht unterstellen, sich solche Waffen zu beschaffen. Deshalb sollte die Gefahr, die von der Kombination aus Terrorismus und Massenvernichtungswaffen ausgeht, nicht unterschätzt werden. Allerdings treten für Terroristen eine Reihe von Folgeproblemen auf, die Staaten in der Regel besser lösen können und die den Besitz von Massenvernichtungswaffen nur begrenzt attraktiv erscheinen läßt: Wo sollen die Stoffe gelagert, wie sollen sie transportiert werden? Wie lassen sie sich einsetzen, welche Trägersysteme sind dazu notwendig? Welche Risiken bestehen für die Attentäter selbst? Wie groß ist das Ausmaß an Panik und Zerstörung? Deshalb stellt sich auch für al-Qaida die Frage: Wieso sollte man seine Ressourcen und Energien auf die Lösung solcher Probleme verwenden, wenn die gewünschte Wirkung, einschließlich einer hohen Zahl an Opfern, auch durch konventionelle Methoden und Selbstmordattentate erzielt werden kann?

Gegenposition:

Gefahr einer self-fulfilling prophecy?

Wächst nicht erst durch einen Krieg gegen den Irak die Gefahr des Terrorismus? Kommt es zum Krieg, sind folgende Szenarien denkbar, die sich nicht gegenseitig ausschließen.

Erstens: Wenn Saddam Hussein nichts mehr zu verlieren hat, tut er das, was ihm bisher unterstellt wird – er unterstützt terroristische Gruppen und verfolgt eine

Strategie der »verbrannten Erde«, die sich nicht wie 1991 auf das Inbrandsetzen von Ölfeldern beschränkt.

Zweitens: Es kommt zu einer weiteren Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt, die im Ergebnis zu einer strategischen Allianz und Vernetzung von Terrorgruppen führt, die bislang noch getrennt agieren und gewisse Vorbehalte gegeneinander hegen (Hizbollah, HAMAS, al-Qaida).

Drittens: Der Krieg ruft in muslimischen Gesellschaften massive Empörung hervor, die eine weitere politische Destabilisierung zur Folge hat. Dies erleichtert mittelfristig den Anwerbern islamistischer Terrorgruppen das Geschäft, zumal der Krieg als erneute Bestätigung der Ideologie al-Qaidas gewertet würde, wonach der Westen allein auf die Unterdrückung der Muslime zielt. Ein Angriff auf den Irak wäre für al-Qaida eine weitere Stufe der gewünschten Eskalation, die den attackierten Gegner, sprich die USA, zu drakonischen Gegenmaßnahmen provozieren soll.

Viertens: Die internationale Koalition gegen den Terror zerbricht oder wird zumindest nachhaltig geschwächt. Insbesondere arabische und islamische Staaten lassen in ihren Anti-Terror-Bemühungen nach, was wiederum den weltweiten Verfolgungsdruck auf Terroristen verringert und ihnen neue Handlungsspielräume eröffnet.

Die ersten beiden Szenarien operieren allerdings mit einer Reihe von Unbekannten. Ihre Wahrscheinlichkeit ist nicht allein von einem Krieg gegen den Irak abhängig, sondern auch von anderen Bedingungen. Beim ersten Szenario wäre zu fragen, ob es dem Regime überhaupt gelingen kann, unter Kriegsbedingungen Waffen an Dritte weiterzugeben. Beim zweiten hängt vieles vom Verhalten der Konfliktparteien im Nahen Osten selbst ab, es gibt keinen Automatismus in Richtung Eskalation.

Das dritte und das vierte Szenario scheinen dagegen überaus wahrscheinlich, insbesondere wenn ein Krieg gegen den Irak nicht von einer breiten Koalition, in-

klusiver arabischer Staaten, getragen wird und sich nicht innerhalb weniger Wochen beenden lässt. Mit anderen Worten: Je offensichtlicher es sich um einen Alleingang der USA handelt und je länger der Krieg dauert, desto größer dürfte das Mobilisierungspotential für radikale und extremistische Gruppen in der Region sein.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org